

Einleitung

Der vorliegende Band versammelt Aufsätze, die anlässlich der Tagung *Neue Bürgerbewegungen – neue Politik?* im November 2015 in Stuttgart entstanden sind. Die zweitägige Konferenz, an der über 200 Personen teilgenommen haben, war zugleich die Gründungsveranstaltung des *Hannah-Arendt-Instituts für politische Gegenwartsfragen, Stuttgart* (HAIS).

Seit dem Jahr 2010 sind weltweit neue Bürgerbewegungen entstanden, die sich gegenseitig inspirieren. Angefangen bei den Aufständen in den Arabischen Ländern, den Protesten in Griechenland und Spanien, die sich «Die Empörten» nannten, bis hin zur Occupy-Bewegung, die in den USA begann und bald in rund eintausend Städten weltweit aktiv war, von Frankfurt bis London, von Tokio bis Sydney, von Hong Kong bis Tel Aviv. Diese Proteste brachten in verschiedenen Formen einen tiefen Widerspruch zur neoliberalen Politik zum Ausdruck. Denn während der Finanzmarktkrise 2008 wurde ein Missverhältnis offensichtlich: Während große Summen staatlicher Gelder für die Rettung der Banken ausgegeben wurden, hatten weite Teile der Bevölkerung unter steigenden Lebenshaltungskosten wie hohen Mieten oder gar dem Verlust von Wohnraum, unter Verschuldung und sinkenden Löhnen zu leiden. Gegen die bereits seit Jahren andauernde Austeritätspolitik regte sich nun Protest, der in verschiedenen Ländern und Regionen unterschiedliche Ausprägungen hatte und mithin an bestimmte Symbole gebunden war.

Eines dieser Symbole war das Immobilien- und Bahnprojekt «Stuttgart 21». Bereits vor dem Sommer 2010 hatte sich in Stuttgart eine Protestbewegung gebildet, deren soziale Zusammensetzung und Vehemenz überraschte. Noch dazu entwickelte sie sich in einer Region, die bis dahin als eine der konservativsten ganz Deutschlands galt. Auch bei dem Protest gegen «Stuttgart 21» ging es um die Frage, wofür staatliche Gelder ausgegeben werden sollten. So begründeten die Bürger ihren Widerspruch gegen das Projekt anfangs vor allem damit, dass Politiker hohe Summen von

Steuergeldern in ein Projekt investieren wollten, das offensichtlich nicht an den Bedürfnissen und Wünschen der Stadtbevölkerung orientiert war. Nachdem sich über die Hälfte der lokalen Bevölkerung gegen das Projekt ausgesprochen hatten, über zehntausend Bürger namentlich erklärten, sie würden mit allen legalen Mitteln gegen den Bau demonstrieren, nachdem zahlreiche Eingaben und Petitionen der Bürger ungehört blieben, wurde bald die Frage laut: «In was für einer Demokratie leben wir eigentlich?» Der Diskussionsbedarf war groß, Debatten mit 700 Teilnehmern in Stuttgart keine Seltenheit. In der Gemengelage von lokalem Protest, globalen Aufbegehren und allgemeiner Empörung entstand die Idee zu einem «Hannah-Arendt-Institut».

Die Absicht des HAIS ist es, Fragen aufzugreifen und zu reflektieren, die im «Handgemenge» zivilgesellschaftlichen Handelns entstehen. Das Erfahrungswissen der Bürger soll auf historisches und theoretisches Wissen treffen, das auch im akademischen und universitären Denken erarbeitet wurde. Denn dabei entsteht im Idealfall ein gegenseitiger Lernprozess und nur in einem Diskurs, in dem sich zivilgesellschaftliches Erfahrungswissen und historisch-theoretisches Wissen gegenseitig inspirieren, kann wirklich neues Denken und Handeln entstehen. Das Selbstverständnis des HAIS ist es, eine «Schnittstelle» zwischen bürgerschaftlichem Engagement, universitärem Wissen und politischen Institutionen herzustellen.

Der Name *Hannah Arendt* ist, wie wir meinen, prädestiniert für ein solches Vorhaben. Denn Arendt ging es immer um solche Formen des Handelns, in denen eine «möglichst unmittelbare, weitgehende und unbeschränkte Teilnahme des Einzelnen am öffentlichen Leben» verwirklicht wird, um eine größtmögliche Partizipation der Bürgerinnen und Bürger. Arendt wandte sich außerdem gegen jegliche Form dogmatischer Parteipolitik und stellte Handeln nicht als instrumentelles Tun, sondern – im Sinne des Aristotelischen Verständnisses von Praxis – als «Zweck an sich», als «wirkliche Bewegung» ins Zentrum ihrer politischen Überlegungen. Politisches Handeln entsteht zwischen Menschen, die sich zwar als verschiedene, aber dennoch gleichberechtigte Personen anerkennen und auf dieser Grundlage gemeinsam handeln. Gleichwohl lässt sich Hannah Arendt nicht zur Ikone stilisieren.

Sie war Zeit ihres Lebens streitbar, ist auch heute umstritten und fordert dazu auf, mit ihr über sie hinauszudenken.

Leitend für die Tagung im November 2015 war die Frage, ob die heterogene Vielfalt der Bürgerbewegungen zu einer neuen Form von Politik führte. In seinem Eröffnungsvortrag «Politisierung durch Protest» stellte Christina Volk dar, wie eine Auseinandersetzung mit Hannah Arendt dazu beitragen kann, unsere Gegenwart besser zu verstehen. Er erläuterte die Begriffe *Politisierung* und *Entpolitisierung* und zeigte anhand aktueller Protestbewegungen – wie der Occupy-Bewegung, der spanischen Bewegung «Democracia Real Ya!», des Flüchtlingscamps auf dem Berliner Oranienplatz sowie der Protestbewegung gegen «Stuttgart 21» – die Bedeutung einer Politisierung für die demokratische politische Ordnung. Winfried Thaa beschäftigte sich in seinem Vortrag mit der aktuellen Rezeption von Hannah Arendt (siehe Thaa in diesem Band). In fünf Arbeitsgruppen wurde über die Frage der Politisierung von Bürgerbewegungen diskutiert, über das Verhältnis Sozialer Bewegung und Parteien, über Formen widerständiger Kunst, über emanzipatorische Möglichkeiten neuer Technologien sowie über die Möglichkeit eines linken Populismus.

So unterschiedlich wie die Akteure der Bürgerbewegungen sind, so unterschiedlich sind auch die Beiträge dieses Sammelbandes. Sie unterscheiden sich sowohl hinsichtlich ihrer inhaltlichen Ausrichtung, als auch ihrer Sprache zum Teil erheblich.

Den vorliegenden Band eröffnet Winfried Thaa mit seinem Beitrag «Politisches Handeln: Warum Arendt und nicht Marx?». Während für die «Neue Linke» der 1960er und 1970er Jahre Marx der zentrale Autor war, so Thaa, sei gegenwärtig eine «Ersetzung von Marx durch Arendt» als wichtigster Referenzgröße der politisierten Öffentlichkeit zu beobachten. Thaa erläutert Arendts Begriffe von Politik und politischem Handeln, die seiner Auffassung nach in einem diametralen Widerspruch zum marxistischen Verständnis von Politik stehen, unter anderem weil Arendt die soziale Frage aus der Politik heraushalten wollte. Arendt habe «im Handeln in einer durch Recht und Konventionen gesicherten Sphäre politischer Gleichheit die entscheidende Kraft zum Funktionalismus moderner Gesellschaften erkannt.»

Christian Volk setzt sich in seinem Beitrag «Hannah Arendt und die radikale Demokratie» mit den Vertreter der Theorie einer «radikalen Demokratie» – zu denen insbesondere Chantal Mouffe zählt – auseinander. Gegen den von ihm diagnostizierten Trend, Arendt und die Ansätze zu einer Theorie «radikaler Demokratie» zu assimilieren, beharrt Volk auf den grundlegenden Differenzen beider Konzeptionen. So habe die Theorie radikaler Demokratie etwa «das Verständigungspostulat demokratischer Politik aufgegeben». Mouffes «Agonistik» beruhe deswegen wesentlich auf einem «Handlungsbegriff, der in Anlehnung an Arendts Überlegungen in *Vita activa* am trefflichsten als Gegen-Andere-Handeln beschrieben werden kann». Demgegenüber plädiert Volk – Arendt folgend – für einen «Republikanismus des Dissenses», der das Ziel verfolgt, «die aktive Kontestation, den sichtbaren Dissens und die offene Diskussion in einer von Meinungspluralität gekennzeichneten Öffentlichkeit anzutreiben.»

In einer kurzen Intervention problematisiert Udo Tietz den Begriff des «Bürgers», einer Figur, die ihm historisch widerlegt scheint. Tietz weist in seinem Einwurf darauf hin, dass die neuen Bewegungen nach 1945 – und dabei insbesondere diejenige der revoltierenden Studierenden – gerade durch ihre «Bürgerlichkeitsverweigerung» charakterisiert waren.

Tilman Reitz unterscheidet in seinem Text «Bürgerschaftliches Engagement: demokratische Ansätze und elitäre Aspekte» zwischen sozialen Bewegungen und bürgerschaftlichem Protest und setzt sich mit der Frage auseinander, «ob unsere *repräsentative Demokratie* in spezifischer Weise zur Alternativlosigkeit oder Vorentschiedenheit tendiert, und andererseits, was (*neue*) *soziale Bewegungen* und *bürgerschaftliches Engagement* dem spezifisch entgegengesetzt haben». Kritisch arbeitet er «eine problematische Strukturähnlichkeit zwischen repräsentativer Demokratie und bürgerschaftlichem Engagement» heraus.

Mit den Möglichkeiten und Grenzen des Internet für politische Initiativen beschäftigt sich Tobias Matzner. Ausgehend von Arendts Begriff der Öffentlichkeit fragt er, inwieweit sich ein Medium, das fast ausschließlich von privatwirtschaftlichen Diensten betrieben wird, als öffentlicher, politischer Raum eignet.

Inspiziert von den Auseinandersetzungen um das Bahn- und Immobilienprojekt «Stuttgart 21» gründete sich 2014 die Initiative «Demokratie-Forum der Empörten und Engagierten». In ihrem «Vaihinger Manifest» formulierte diese Initiative «kritische Überlegungen für eine Demokratisierung der Demokratie». Davon ausgehend kritisiert Dominik Marscholke in seinem Beitrag das bestehende Parteiensystem und diskutiert bürgerschaftliche Möglichkeiten, Druck auf Parteien und Parlamentarier auszuüben.

Michael Weingarten setzt sich in seinem Plädoyer «Für eine neue Politik jenseits von Liberalismus und Anti-Liberalismus» mit den Konstitutionsbedingungen «wirklicher Bewegungen» auseinander, die sowohl jenseits des Liberalismus als auch des Anti-Liberalismus zu finden sind. Er arbeitet heraus, dass ein Kollektiv, auf das sich eine Linke beziehen könnte, nicht homogen, sondern nur heterogen bestimmt werden kann, dass dieses Kollektiv nicht in der Form, dass das «Wir» eine Summe von «Gleichen» darstellt, sondern dass dieses «Wir» minimal durch die grammatische Verschiedenheit von «Ich» und «Du» bestimmt ist.

In seinem Beitrag «Linkspopulismus? Zur Theorie und Praxis eines politischen Konzepts» skizziert Daniel Hackbarth die Populismus-Konzeption des argentinischen Philosophen Ernesto Laclau und weist auf die große Bedeutung hin, die diese insbesondere für die spanische Partei Podemos gewonnen hat. Hackbarth zufolge droht allerdings ein von Laclau inspirierter Populismus theoretisch hinter das Kritik-Niveau marxistischer Ansätze zurückzufallen und zugleich politisch der Rechten in die Hände zu spielen.

Annette Ohme-Reinicke wendet sich in ihrem Aufsatz «Was heißt hier links oder rechts? – Überlegungen mit Hannah Arendt» der notorisch umstrittenen Spaltung des politischen Felds in ein rechtes und ein linkes Lager zu. Sie geht dabei der Frage nach, ob Arendts Auseinandersetzung mit der Revolution eine Möglichkeit bietet, um das Problem einer Links-rechts-Unterscheidung angemessen zu bearbeiten. Dabei bezieht sie die Erfahrungen der jüngsten Protestbewegungen, vornehmlich der Occupy-Bewegung, ein, skizziert Unterscheidungsmerkmale emanzipatorischer und repressiver Bewegungen und weist auf die Merkmale politischer Bewegungen hin.

Andreas Mayer-Brennenstuhl diskutiert in seinem Text die «Potentiale des Widerständigen in der Kunst». Gegen den verbreiteten Befund, dass sich Kunst heute infolge des Siegeszugs des Neoliberalismus «zu einer Position vormoderner Auftragskunst» ohne jedes kritisch-utopische Potenzial zurückentwickelt habe, beharrt Mayer-Brennenstuhl auf der Notwendigkeit, den Blick nicht allein «auf das Zentrum des Kunstbetriebes» zu richten, sondern an dessen Randzonen nach Formen widerständiger Kunstpraxis Ausschau zu halten. Denn nach dem Ende der «grossen Erzählungen» haben Mayer-Brennenstuhl zufolge künstlerische Praktiken an Relevanz gewonnen, «die sich den «kleinen Alltags-Utopien» zugewendet haben und unauffällig und unaufgeregt weit außerhalb des Focus' des Feuilletons und Kunstbetriebes ihre tägliche Kärnerarbeit verrichten».

Abschließend gibt der Text «Neue Bürgerschaftlichkeit – neue Politik» von Daniel Hackbarth, Annette Ohme-Reinicke und Michael Weingarten Auskunft über die konzeptionelle Grundlegung des *Hannah-Arendt-Instituts für politische Gegenwartsfragen*. Dieser Text war als Sonderdruck an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Eröffnungsveranstaltung verteilt worden.

Zu guter Letzt dokumentieren wir den Gründungsaufwurf, der der Tagung vorausging, mitsamt der nominellen Unterstützer der Instituts-Idee.

Danksagung

Wir bedanken uns bei allen, die die Gründung des Instituts unterstützt und ermöglicht haben – sei es durch Beiträge, Ideen, nominelle Unterstützung, konstruktive Kritik und/oder Spenden. Unser herzlicher Dank geht zunächst an diejenigen Teilnehmer der Tagung, die hier keinen Beitrag verschriftlicht haben: Herrmann Abmayr, Dominik Blacha, Kathrin Ganz, Felix Heidenreich und Yalcin Kutlu. Ein ganz besonderer Dank gilt den Stuttgarter «An-Stiftern», namentlich Peter Grohmann, ohne den alles viel länger gedauert hätte. An Stefanie Stegmann vom Literaturhaus Stuttgart: vielen Dank für die Möglichkeit in den Räumen des Lite-

raturhauses zu tagen. Iris Dressler und Hans Christ sei für die hervorragende Zusammenarbeit gedankt.

Auch Arno Gruen haben wir um Unterstützung gebeten. Er sagte am 16. August seine nominelle Unterstützung zu. In einem kurzen Brief vom 24. September, mit Schreibmaschine getippt und per Post verschickt, bekräftigte er seine Unterstützung noch einmal – eindringlich und unaufgefordert. Vier Wochen später ist er gestorben. Seine Einschätzung, die geplante Gründung des Instituts ist «ein wichtiges Vorhaben», kann nur als nachdrückliche Aufforderung verstanden werden.

Daniel Hackbarth und Annette Ohme-Reinicke

Stuttgart im Juli 2017